

Antrag 235/I/2025**KDV Neukölln****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Unsere Demokratie ist nicht kaufbar - Gegen den Einfluss von Tech-Milliardären!**

1 Wir fordern:

- 2 1. umfassende Neuaufstellung der EU bezüglich Tech-Konzernen durch:
 - 4 a) EU-weite Sanktionen gegen Tech-Konzerne, die wiederholt rechtswidrige Inhalte hosten oder verbreiten. Dies könnte empfindliche Geldstrafen, aber auch temporäre Zugangs-sperren umfassen.
 - 9 b) Verpflichtende Kooperation mit unabhängigen Fact-Checking-Organisationen. Diese sollen durch eine Digitalsteuer finanziert werden, um ihre Unabhängigkeit zu gewährleisten.
 - 13 c) Einrichtung einer europäischen Digitalaufsicht mit echten Durchgriffsrechten. Diese Behörde müsste befugt sein, Inhalte zu löschen, Algorithmen zu prüfen und notfalls auch die Zwangszerlegung von Monopolen anzuordnen.
 - 19 d) Strikte Regeln für politische Werbung auf digitalen Plattformen, einschließlich Transparenz-pflichten und Obergrenzen für Ausgaben.
 - 22 e) Förderung digitaler Medienkompetenz durch EU-weite Bildungsprogramme, um Bürgerinnen und Bürger besser gegen Desinformation und Manipulation zu wappnen.
- 26 2. die Einführung eines verpflichtenden Transparenz-Registers für politische Werbung und Zielgruppen-Targeting
- 29 3. Einführung drastischer Sanktionen für Plattformen bei Verstößen gegen Wahlfairness und politische Manipulation
- 32 4. Eine Offenlegung der Algorithmen im Sinne der politischen Neutralität

Begründung

37 1. Die Macht der Tech-Milliardäre In den letzten Jahren haben Tech-Milliardäre wie Elon Musk, Mark Zuckerberg und Shou Zi Chew eine beispiellose Machtposition in der digitalen Öffentlichkeit erlangt. Ihre Plattformen – X (ehemals Twitter), Meta (Facebook, Instagram) und TikTok – sind zu den zentralen Arenen des öffentlichen Diskurses geworden. Diese Konzentration von Einfluss in den Händen weniger Individuen stellt eine ernsthafte Bedrohung für unsere Demokratie dar. Die Tech-Bosse nutzen ihre Kontrolle über digitale Infrastrukturen, um politische Debatten zu manipulieren, rechtsextreme Bewegungen zu fördern

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in Fassung der AK und Überweisung an SPE-Kongress und S&D-Fraktion (Konsens)**

Wir fordern:

1. umfassende Neuaufstellung der EU bezüglich Tech-Konzernen durch:
 - a) EU-weite Sanktionen gegen Tech-Konzerne, die wiederholt rechtswidrige Inhalte hosten oder verbreiten. Dies könnte empfindliche Geldstrafen, aber auch temporäre Zugangs-sperren umfassen.
 - b) Verpflichtende Kooperation mit unabhängigen Fact-Checking-Organisationen. Diese sollen durch eine Digitalsteuer finanziert werden, um ihre Unabhängigkeit zu gewährleisten.
 - c) Einrichtung einer europäischen Digitalaufsicht mit echten Durchgriffsrechten. **Diese Behörde müsste über hinreichende Kompetenzen verfügen, darauf zu drängen, dass rechtswidrige Inhalte schnellstmöglich gelöscht werden, sowie Algorithmen zu prüfen und notfalls auch die Zwangszerlegung von Monopolen anzuordnen.**
 - d) Strikte Regeln für politische Werbung auf digitalen Plattformen, einschließlich Transparenz-pflichten und Obergrenzen für Ausgaben.
 - e) Förderung digitaler Medienkompetenz durch EU-weite Bildungsprogramme, um Bürgerinnen und Bürger besser gegen Desinformation und Manipulation zu wappnen.
2. die Einführung eines verpflichtenden Transparenz-Registers für politische Werbung und Zielgruppen-Targeting
3. Einführung drastischer Sanktionen für Plattformen bei Verstößen gegen Wahlfairness und politische Manipulation
4. **den Aufbau und die Unterstützung bestehender Projekte dezentraler, öffentlich-rechtlicher EU-Plattformen**
5. Eine Offenlegung der Algorithmen im Sinne der politischen Neutralität

48 und demokratische Institutionen zu untergraben. Ihre Al-
49 gorithmen bestimmen, welche Informationen Millionen
50 von Menschen sehen, während ihre geschäftlichen Ent-
51 scheidungen direkte Auswirkungen auf Wahlen und ge-
52 sellschaftliche Diskurse. Wir sagen: Unsere Demokratie ist
53 nicht kaufbar!

54

55 **1. Systematische Beeinflussung sozialer Medien**

56 Im Dezember 2024 veröffentlichte Musk einen Gastbei-
57 trag in der "Welt am Sonntag", in dem er die AfD als
58 "letzten Funken Hoffnung für Deutschland" bezeichne-
59 te. Er lobte die Positionen der Partei und stellte sie
60 als "einzige Alternative zum politischen Establishment"
61 dar. Diese offene Parteinahme eines der einflussreichsten
62 Tech-Unternehmer der Welt für eine offene rechtsextre-
63 me und menschenfeindliche Partei ist nicht hinnehm-
64 bar! Noch gravierender war Musks Auftritt bei der AfD-
65 Wahlkampfaftaktveranstaltung in Halle (Saale) im Janu-
66 ar 2025. Per Videoschalte erklärte er vor tausenden Anhän-
67 gern: "Die AfD hat meine volle Unterstützung – und die
68 der Trump-Regierung." Diese direkte Einmischung eines
69 ausländischen Milliardärs in den deutschen Wahlkampf
70 zur Unterstützung einer rechtsextremen Partei stellt ei-
71 nen beispiellosen Vorgang dar. Die AfD nutzte Musks
72 enorme Reichweite gezielt, um junge Wähler*innen mit
73 Slogans wie "Make Germany great again" anzusprechen.
74 Die Folgen dieser Unterstützung sind messbar und alar-
75 mierend. Eine Studie der TU München belegt, dass der X-
76 Algorithmus AfD-Inhalte um 800% gegenüber Beiträgen
77 der SPD priorisiert. Dies bedeutet eine massive Verzerrung
78 des demokratischen Diskurses zugunsten rechtsextremer
79 Narrative. Millionen von Nutzer*innen werden so täg-
80 lich mit AfD-Propaganda konfrontiert, während kritische
81 Stimmen systematisch marginalisiert werden. Die Alli-
82 anz zwischen Tech-Bosse und rechtspopulistischen Politici-
83 ker*innen wurde besonders deutlich bei Donald Trumps
84 Amtseinführung im Januar 2025. Elon Musk, Mark Zucker-
85 berg und TikTok-Chef Shou Zi Chew demonstrierten ihre
86 Unterstützung für den neuen Präsidenten, indem sie in
87 der ersten Reihe Platz nehmen. Dieses Bild ging um die
88 Welt und symbolisiert die unheilvolle Verschmelzung von
89 Tech-Macht und autoritärer Politik und wie Superreiche
90 direkt politische Macht ausüben und demokratische Pro-
91 zesse aushebeln.

92

93 **1. Hate Speech: Entgrenzung und Scheinlösungen**

94 Die Verbreitung von Hass und Hetze in sozialen Medi-
95 en hat in den letzten Jahren dramatisch zugenommen.
96 Betroffene müssen ein menschenverachtendes Verhalten
97 erleben und das Schlimmste daran: Ahndungen, effek-
98 tive Lösungen und Regulierungen bleiben aus. Täter*in-
99 nen werden nicht verfolgt und Betroffene alleine gelas-
100 sen. Statt dieses Problem entschieden anzugehen, haben

101 die Tech-Giganten oft nur Lippenbekenntnisse abgegeben und Maßnahmen ergriffen, die die Situationen fördern. Dies macht sie unzweifelhaft zu Mittäter*innen. So 104 hat Mark Zuckerbergs Ankündigung Januar 2025 angekündigt, Faktenchecks bei Meta abzuschaffen und durch 106 nutzergenerierte "Community Notes" zu ersetzen. Dieses 107 Modell, das bereits auf X zu beobachten ist, öffnet der 108 Verbreitung von Desinformation Tür und Tor. Statt professionelle Faktenchecker*innen einzusetzen, die Falschinformationen 110 identifizieren und kennzeichnen, sollen nun 111 die Nutzer*innen selbst entscheiden, was wahr ist und 112 was nicht. In der Praxis führt dies oft dazu, dass gut organisierte Gruppen – wie rechtsextreme Netzwerke – die 114 "Community Notes" kapern und ihre Sichtweise durchsetzen. Zuckerbergs Ergänzung, dass die Stimmung auf 116 Meta-Plattformen "freundlich und positiv" bleiben solle, 117 steht im krassen Widerspruch zur Realität steht, da Nutzer*innen täglich mit antisemitischen, rassistischen und 119 diskriminierenden Inhalten konfrontiert werden. Sein Ver- 120 such, die Verantwortung zu leugnen, ist untragbar, da er 121 durch Meta eine der einflussreichsten Positionen im Tech- 122 Sektor innehat. Auch unabhängige Journalist*innen werden 123 auch zur Zielscheibe von Hate Speech, was eine ohnehin 124 hin unabhängige Berichterstattung weiter erschwert und 125 Journalist*innen einschüchtern. Besonders besorgniserregend 126 ist Metas Ankündigung, Moderations-Teams nach 127 Texas zu verlegen. Dies gefährdet den Schutz vor deutsch- 128 sprachiger Hetze massiv, da kulturelle und sprachliche 129 Nuancen verloren gehen. Die Auslagerung der Content- 130 Moderation in Länder mit schwächeren Arbeitnehmer*in- 131 nenschutz ist zudem ein Schlag gegen faire Arbeitsbedingungen 132 im digitalen Zeitalter.

133

134 **1. TikTok als Werkzeug rechter Narrative** Die Plattform 135 TikTok hat sich in den letzten Jahren zu einem mächtigen Werkzeug für die Verbreitung rechtsextremer 136 Ideologien entwickelt. Besonders die AfD nutzt die 137 App gezielt, um junge Wählerinnen und Wähler zu 138 erreichen und zu beeinflussen.

140 Die WDR-Dokumentation "Undercover in der TikTok- 141 Armee der AfD" hat schockierende Einblicke in die Strategien 142 der Partei geliefert. Die AfD setzt auf emotionale Kurzvideos, die komplexe politische Themen auf simple, oft irreführende Botschaften reduzieren. Rassistische 144 Narrative werden in scheinbar harmlose Unterhaltungs- 145 formate verpackt, um die Hemmschwelle für die Verbreitung 146 zu senken. Besonders problematisch ist die Priorisierung 147 von AfD-Inhalten durch den TikTok-Algorithmus. Videos, die etwa die menschenverachtende "Remigrations"- 149 Forderung als "humane Lösung" darstellen, erreichen Millio- 150 nen von Nutzer*innen. Dies führt zu einer Normalisierung 152 rechtsextremer Positionen und untergräbt den demokratischen Diskurs. Die Verflechtungen von Tech-Bosse

154 und Politiker*innen wie Elon Musk und Trump ist gefähr-
155 lich. Nach Trumps Wahlsieg 2024 kam es zu einem folgen-
156 schweren Deal: Trump hob alle Restriktionen gegen Hass-
157 rede auf X auf. Im Gegenzug sicherte Musk zu, Trumps
158 Lügen über angeblichen Wahlbetrug nicht mehr als sol-
159 che zu kennzeichnen. Diese Absprache verdeutlicht, wie
160 Tech-Bosse ihre Plattformen als Machthebel für autori-
161 täre Politiker*innen instrumentalisieren. Die Aufhebung
162 von Hate-Speech-Richtlinien öffnet die Türen für Desin-
163 formation und Hetze. Gleichzeitig untergräbt die Weige-
164 rung, Falschaussagen zu kennzeichnen, die Integrität de-
165 mokratischer Prozesse. Die Folgen dieses Deals sind be-
166 reits sichtbar: Rechtsextreme Inhalte verbreiten sich un-
167 gehindert auf X, während Trumps unbelegte Behauptun-
168 gen über Wahlmanipulation Millionen von Menschen er-
169 reichen. Unsere Demokratie wird zugunsten von einfluss-
170 reichen Menschen niedergekommen.

171

172 1. EU: Zwischen Regulierung und Kapitulation

173 Bisher hat die EU keine spürbaren Maßnahmen unter-
174 nommen, um den Tech-Bosse entgegenzuwirken. Ein
175 großes Versagen der EU ist auch der Umgang mit TikTok.
176 Trotz Ermittlungen wegen möglicher Weitergabe von Nut-
177 zerdaten an chinesische Behörden gibt es bisher kein EU-
178 weites Verbot oder strikte Auflagen für die Plattform. Dies
179 ermöglicht es der AfD weiterhin, TikTok als Propagandain-
180 strument zu nutzen und junge Menschen mit rechtsextre-
181 men Inhalten zu erreichen.

182 Es braucht ein entschlossenes und koordiniertes Vorgehen
183 auf EU-Ebene, damit die Macht der Tech-Bosse wirksam
184 eingedämmt und der digitale Raum demokratisiert wird.

185

186 1. Vergesellschaftung statt Plattformkapitalismus

187 Wir fordern nach wie vor mit Nachdruck die Vergesell-
188 schaftung sozialer Medien.

189 Konkret schlagen wir den Aufbau einer dezentralen,
190 öffentlich-rechtlichen EU-Plattform vor. Diese Plattform
191 soll nach dem Modell des öffentlich-rechtlichen Rund-
192 funks (ARD/ZDF) organisiert sein und dem Gemeinwohl
193 verpflichtet sein. Statt Profitmaximierung stünden hier
194 demokratische Werte, Meinungsvielfalt und der Schutz
195 marginalisierter Gruppen im Vordergrund.